

Schüsse auf »Sea-Watch 5«

Seenotretter melden Angriff der sogenannten libyschen Küstenwache

Von Yaro Allisat

Das zivile Seenotrettungsschiff »Sea-Watch 5« ist am Montag von der sogenannten libyschen Küstenwache beschossen und mehrere Stunden lang verfolgt worden. An Bord waren 90 aus Seenot gerettete Menschen sowie 30 Crewmitglieder. Berichte über Verletzte gibt es bisher nicht. Mittlerweile befindet sich das Schiff auf dem Weg zum von Italien zugewiesenen 1.000 Kilometer entfernten Hafen in Brindisi, obwohl es deutlich nähere gegeben hätte.

Laut Berichten von Sea-Watch war kurz nach einer Rettungsaktion am Montag vormittag etwa 55 Seemeilen nördlich von Libyens Hauptstadt Tripolis ohne Vorwarnung zunächst ein Schuss von einem Boot der »libyschen Küstenwache« auf die »Sea-Watch 5« abgefeuert worden. Dann sei eine Salve von zehn bis 15 Schüssen mit scharfer Munition gefolgt. Über Funk habe die Miliz angekündigt, das Rettungsschiff entern zu wollen. Man habe sofort die zuständigen Behörden und das deutsche Auswärtige Amt informiert, das völkerrechtlich für den Schutz des Schiffs zuständig ist, da es unter deutscher Flagge fährt. Die »Sea-Watch 5« steuerte Richtung Norden und sei noch mehrere Stunden lang von Schiffen verfolgt worden, eines davon ein Boot der »Corrubia-Klasse«, das von Italien im Rahmen einer EU-Förderung an die »libysche Küstenwache« gespendet worden war.

Regelmäßig schleppen die meist als »Küstenwache« bezeichneten Milizen Flüchtende zurück nach Libyen, wo sie UN-Berichten zufolge Folter und Menschenhandel ausgesetzt sind. Die in den vergangenen Jahren in Millionenhöhe von der EU mitfinanzierten bewaffneten Gruppen haben immer wieder auch Rettungsschiffe angegriffen. Erst in der vergangenen Woche wurde deswegen die SOLAS-Gefahrenstufe zwei durch das italienische Innenministerium in Rom von den libyschen Nationalgewässern auf die libysche Such- und Rettungszone ausgeweitet. Für NGOs hat die Einstufung vor allem den symbolischen Charakter der Anerkennung der Gefahr, die von den libyschen Milizen ausgeht.

»Seit 2016 haben wir mehr als 75 Fälle extremer Gewalt dokumentiert, die von libyschen Milizen im Mittelmeer begangen wurden«, so Giulia Messmer, Sprecherin von Sea-Watch, anlässlich des Vorfalls. »Schutz durch Italien? Keiner. Konsequenzen für diese Eskalation der Gewalt? Auch keine.«

Die UN-Untersuchungsmission zu Libyen stellte 2023 fest, dass die »Küstenwache« »mit gewalttätigen Milizen und bewaffneten Gruppen verflochten ist und eng mit Schmuggel- und Menschenhandelsnetzwerken in Libyen zusammenarbeitet«. Dennoch unterhält die EU strategische

Kooperationen mit dem Land zur »Migrationskontrolle«. Die libyschen Milizen wurden systematisch von der EU ausgerüstet, ausgebildet und bewaffnet. Seit dem italienisch-libyschen Memorandum von 2017, das auf die »Sicherung der nationalen Grenzen, die Bekämpfung irregulärer Migration und des Menschenhandels sowie die Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit« abzielte, wurden der »Küstenwache« mehrfach Schiffe mit Flüchtenden übergeben.

Im Juli 2025 hielt der Migrationsverantwortliche der EU-Kommission, Magnus Brunner, Libyen dazu an, noch mehr zu tun, um die Migration in die EU zu verhindern. Seit 2015 hat Libyen mehr als 500 Millionen Euro von Brüssel zum Zweck der sogenannten Migrationskontrolle erhalten. Gelder für die zivile Seenotrettung wurden indes vom deutschen Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) vergangenes Jahr gestrichen. Seit zwölf Jahren gibt es keine staatliche Seenotrettung mehr im Mittelmeer. In derselben Zeit wurden die Mittel der EU-Grenzagentur Frontex um mehr als das Siebenfache aufgestockt.

In einem Osterappell hatten 128 Bundestagsabgeordnete von Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD mehr Einsatz und Schutz für die Seenotrettung von der Bundesregierung gefordert. Zum Angriff vom Montag äußerten sich bisher nur Abgeordnete der Partei Die Linke. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Clara Bünger kritisierte, dass Außenminister Johann Wadephul (CDU) die libysche Küstenwache weiterhin als Partner hofiere: »Wer Seenotretter:innen diskreditiert und gleichzeitig diese libyschen Handlanger ausrüstet, trägt die volle politische Mitverantwortung für jeden einzelnen Schuss auf deutsche Schiffe«, so Bünger. Die EU-Abgeordnete Özlem Alev Demirel (Linksfraktion) kritisierte die EU-Kommission: »Wer auf Rettungskräfte schießt, die Menschen in Seenot retten, begeht eine Straftat. Die EU-Kommission kann dazu nicht schweigen.«

<https://www.jungewelt.de/artikel/522516.seenotrettung-schüsse-auf-sea-watch-5.html>